

**Öffentliche Niederschrift über die
17. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 22.02.2021 in Form einer Videokonferenz.**

Beginn: **17:02** Uhr

Ende: **19:15** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel im Sitzungssaal anwesend

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Matthias Daleiden

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Sascha Kohlmann

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Paul Neumann

Vertretung für Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Arnold Schmitt

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

im Sitzungssaal anwesend

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

im Sitzungssaal anwesend

Verwaltung

Herr Sebastian Bienek

EDV

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Frau Ruth Mayer

Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 2)

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III; im Sitzungssaal anwesend

Gäste

Frau Heike Gleißner

ZuhörerIn - Kreistagsmitglied

Herr Dieter Klever

Zuhörer - Kreistagsmitglied

Herr Uwe Roßmann

Zuhörer - Kreistagsmitglied

Herr Joachim Trösch

Zuhörer - Kreistagsmitglied

nicht anwesend:

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz entschuldigt

Mitglieder

Frau Stephanie Nickels entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Die Erste Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) eröffnet in Vertretung des Landrates die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die per Videokonferenz zugeschaltet sind. Überdies begrüßt sie die Kreistagsmitglieder, die als Zuhörer ohne Stimm- und Rederecht zugeschaltet sind.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Ferner weist die **Vorsitzende** daraufhin, dass es gemäß des § 28 Absatz 3 notwendig sei, dass die Ausschussmitglieder ihre Zustimmung zur Durchführung der Sitzung in Form einer Videokonferenz geben. Überdies müsse ein einstimmiger Beschluss zur Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen via Livestream gefasst werden (§ 28 Abs. 1 LKO).

Der **Kreisausschuss** stimmt der Durchführung der Sitzung in dieser Form einstimmig zu. Ferner stimmt er einstimmig zu, dass Ton- und Bildaufnahmen zur Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung via Livestream zulässig sind.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass folgende Änderungen der Tagesordnung vorliegen: Erweiterung der Tagesordnung sowohl im nicht-öffentlichen als auch im öffentlichen Teil der Sitzung um die Tagesordnungspunkte „K 29 Hochmark Vergabeermächtigung an den LBM – Fahrbahnoberbau“.

Der **Kreisausschuss** stimmt der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zu. Die Tagesordnungspunkte werden fortan als TOP 2 und TOP 10 geführt.

Ferner sollen die Tagesordnungspunkte 1 und 2 „Sanierung der Wärmeversorgungsanlage Levana Schule – Auftragsvergabe TGA-Planung“ abgesetzt werden. Diese Tagesordnungspunkte werden im Bauausschuss am 04.03.2021 beraten.

Der **Kreisausschuss** stimmt der Absetzung von der Tagesordnung einstimmig zu.

Es liegen keine Änderungen zur Tagesordnung vor. Aufgrund dessen wird sie wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

3. **Annahme einer Sponsoringleistung; Vorlage: 0479/2020**
4. **Kostenabrechnung Servicecenter 115 für das Jahr 2020 - Überplanmäßige Ausgabe; Vorlage: 0070/2021**
5. **Multifunktionsspielfeld am Schulzentrum Konz - Kostenbeteiligung des Landkreises; Vorlage: 0068/2021**
6. **Beteiligung des Landkreises an der Entwicklung des Gewerbegebietes Mehringer Höhe; Vorlage: 0071/2021**
7. **Gewährung einer Ausgleichszahlung für Corona-bedingte Ausfälle in 2020 und 2021 an die ehrenamtlichen VHS-Außenstellenleiter/innen
Vorlage: 0072/2021**
8. **Zuschuss für das Lokale Bündnis für Familie Saarburg-Kell e.V
Vorlage: 0069/2021**
9. **Informationen und Anfragen**
- 9.1. **Information über eine Eilentscheidung - Beschaffungen für KI-Labor am Balthasar-Neumann-Technikum Trier; Vorlage: 0067/2021**
- 9.2. **Information über eine Eilentscheidung - Hangrutsch an der K 29 zwischen Kordel und Hochmark; Vorlage: 0073/2021**
- 9.3. **weitere Informationen und Anfragen**
10. **K 29 Hochmark Vergabeermächtigung an den LBM - Fahrbahnoberbau
Vorlage: 0076/2021/1**

3. Annahme einer Sponsoringleistung; Vorlage: 0479/2020

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Diese Beratung sei in der letzten Sitzung des Kreisausschusses auf die heutige Sitzung vertagt worden.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) teilt mit, dass sich der Landkreis nicht an einen solchen Vertrag binden solle. Es solle keine Werbung für ein einzelnes Unternehmen gemacht werden.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Fahrradnutzung informiert Büroleiter **Fuchs**, dass es sich um einen bundesweit einheitlichen Mustervertrag handle. Die bisher vorhandenen Fahrräder der Kreisverwaltung seien in ständiger Nutzung durch die Mitarbeitenden. Sie werden für innerstädtische Termine genutzt. Im Hinblick auf die Außenstelle Metternichstraße seien die E-Bikes nützlich.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) gibt an, dass die FWG-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. In den Ortsgemeinden werden ähnliche Verträge zu z. B. E-Ladestationen abgeschlossen. Die Werbung als Gegenleistung sei in Kauf zu nehmen.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bemängelt, dass es sich um die gleiche Beschlussvorlage handle wie in der letzten Sitzung des Kreisausschusses. Es handle sich insgesamt um einen geringen Betrag. Dennoch fehlen weitergehende Informationen zur Sponsoringleistung. Möglicherweise könne für einen höheren Betrag qualitativ bessere Fahrräder angeschafft werden.

Büroleiter **Fuchs** schildert, dass die Vorlage aufgrund des Vertagungsbeschlusses unverändert geblieben sei. Er habe diese Angelegenheit mit der Gesundheitsmanagerin erörtert. Es handle sich in diesem Fall um handelsübliche Fahrräder. Bei einer Bestellung von E-Bikes seien längere Wartezeiten zu erwarten. Es gebe seitens des Landkreises keine Verpflichtung diesen Mustervertrag einzugehen.

Die Ausführungen seiner Vorrednerin könne er unterstützen, so der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen). Er schlage vor, dass sich der Landkreis an die örtlichen Händler zum Erwerb von E-Bikes halte.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) bittet um Abstimmung zu der Beschlussvorlage. Diese Angelegenheit werde bereits zum wiederholten Male beraten.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) betont, dass bei einem heutigen Beschluss ein Präzedenzfall für andere Unternehmen geschaffen werde. Die Kreisverwaltung müsse als Vorbild für die Bevölkerung agieren.

Der **Büroleiter** verdeutlicht, dass es sich um eine Zuwendung handle, die an Bedingungen geknüpft sei. Falls in der heutigen Sitzung des Kreisausschusses ein Ablehnungsbeschluss gefasst werde, sei der Landkreis nicht an den Vertrag gebunden. Aus Sicht der Verwaltung gebe es keine Probleme mit dem Branding. Der Vertrag sei auf ein Jahr befristet.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der angebotenen Sponsoringleistung zur Anschaffung von zwei eBikes in Höhe von maximal 1.200 € pro eBike gem. § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 11 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen

4. **Kostenabrechnung Servicecenter 115 für das Jahr 2020 - Überplanmäßige Ausgabe; Vorlage: 0070/2021**

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt den Leiter des Servicecenters 115, Herrn Karl-Heinz Hochscheidt, der per Videokonferenz zugeschaltet ist.

Herr **Hochscheidt** geht eingangs darauf ein, dass die Pandemie im letzten Jahr für einen Mehraufwand bei dem Servicecenter gesorgt habe. Für das Gesundheitsamt seien eine große Anzahl von Anrufen entgegengenommen worden. In der Spitze seien bis zu 500 Anrufe pro Stunde bei der Behördenrufnummer eingegangen. Diese hohe Anzahl sei nicht abzuarbeiten gewesen. Im Januar 2021 seien rund 3.000 pandemiebezogene Anrufe eingegangen. Die Anruftzahlen seien aktuell weiterhin hoch.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Schmitt** (CDU) bezüglich einer Differenz zwischen den tatsächlichen Anrufen und den zu bearbeitenden Anrufen sowie der Dauer in der Wartschleife erklärt Herr **Hochscheidt**, dass es die Möglichkeit gebe, mehrmals bei der Hotline anzurufen. Das Servicecenter sei bemüht die Anrufer innerhalb der ersten 60 Sekunden entgegen zu nehmen. Wartezeiten bis zu 15 Minuten seien jedoch auch möglich. Insgesamt habe das Servicecenter 115 eine gute Resonanz.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) begrüßt die Einrichtung der Behördenrufnummer. Die dort geleistete Arbeit habe bei den Verwaltungen zu Entlastungen geführt. Es müsse bei der Bevölkerung um Verständnis geworben werden. Ein Teil der finanziellen Aufwendungen sei durch den Corona-Fond bereitgestellt worden. Andererseits müssten bei detaillierterer Betrachtung ebenfalls finanzielle Mittel aus dem Teilhaushalt 9 – Gesundheitsamt hinzugezogen werden.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der personellen Verstärkung des Servicecenters durch den Landkreis macht der **Büroleiter** deutlich, dass der Landkreis keine Vakanzen zu verzeichnen hatte. Die Kreisverwaltung sei im vergangenen Sommer grundsätzlich geöffnet gewesen. Es sei schlichtweg kein Personal in den einzelnen Abteilungen vorhanden gewesen, dass zum Servicecenter hätte abgeordnet werden können. Hingegen seien andere Bereiche wie bspw. das Gesundheitsamt personell verstärkt worden. Die Verwaltung sei in ständigem Kontakt mit dem Servicecenter gewesen. Dort stehe gut qualifiziertes sowie sehr engagiertes Personal zur Verfügung. Die Personalhoheit in diesem Bereich liege bei der Stadt Trier. Die überplanmäßige Ausgabe sei klar auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) hebt hervor, dass im Servicecenter 115 gut qualifiziertes Personal zur Verfügung stehe. Eine Abordnung von Mitarbeitenden sei nicht einfach möglich.

Auf weiterer Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich einer Prognose für dieses Jahr teilt Herr **Hochscheidt** mit, dass die Anruftzahlen bereits im Januar bereits deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre gelegen haben. Bei den Arbeitsverträgen handle es sich um befristete Anstellungen.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** ergänzt, dass es sich um zweckgebundene finanzielle Mittel des Gesundheitsamtes gehandelt habe.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die anteiligen Kosten des Landkreises Trier-Saarburg für den Betrieb des Servicecenters 115 für das Jahr 2020 in Höhe von insgesamt 292.771,84 € zur Kenntnis und stimmt der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 112.771,84 € bei der Buchungsstelle 11462.525430 sowie der Finanzierung der Kosten in Höhe von 126.477,72 € für die Corona bedingten Anrufe aus der Buchungsstelle 41439.525430 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Multifunktionsspielfeld am Schulzentrum Konz - Kostenbeteiligung des Landkreises; Vorlage: 0068/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen vorliegen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung eine Kostenbeteiligung des Landkreises an der Errichtung eines Multifunktionsspielfeldes am Schulzentrum Konz mit einem Anteilsbetrag in Höhe von 165.000,-- €. Die Kostenbeteiligung erfolgt auf der Basis eines Investitionskostenzuschusses an die Verbandsgemeinde Konz.

Im Haushalt 2020 stehen hierfür bei der Maßnahme 20330017 - Multifunktionsspielfeld Schulzentrum Konz – nach 2021 zu übertragende Ausgabeermächtigungen in Höhe von 100.000,-- € zur Verfügung. Weitere 65.000,-- € stehen als Haushaltsansatz in 2021 bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Beteiligung des Landkreises an der Entwicklung des Gewerbegebietes Mehringer Höhe; Vorlage: 0071/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. In der heutigen Sitzung gehe es um einen Grundsatzbeschluss zu dieser Angelegenheit.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) bekundet, dass Bedarf an Gewerbeflächen im Landkreis vorhanden sei. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises sei personell verstärkt worden. Die FWG-Kreistagsfraktion unterstütze das Vorhaben. Der Landkreis profitiere von der Entwicklung eines Gewerbegebietes.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) hebt hervor, dass es sich bei der Bedarfsanalyse der Wirtschaftsförderungsgesellschaft um eine sehr gute Darstellung der gesamten Thematik handle. Daraus gehe deutlich hervor, dass ein Bedarf an Gewerbeflächen im Landkreis vorhanden sei. Darin eingebunden seien neben dem Landkreis, die Verbandsgemeinde sowie die Ortsgemeinde.

Die Beachtung des Naturschutzes müsse bei der Entwicklung eines solchen Vorhabens berücksichtigt werden, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Eine adäquate Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr müsse geprüft werden. Die SPD-Kreistagsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu. Bei der Ortsgemeinde Reinsfeld, die ein ähnliches Vorhaben plane, müssten die gleichen Maßstäbe angesetzt werden.

Die Erste Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) teilt mit, dass der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie in einer der vergangenen Sitzungen die Bedarfs- und Potentialanalyse wohlwollend zur Kenntnis genommen habe. Die Ortsgemeinde Reinsfeld finde zu gegebener Zeit Berücksichtigung in ihrem Vorhaben.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) geht darauf ein, dass die Analyse ei-

nen Flächenbedarf für Gewerbe ausweise. Sie sei sehr fundiert mit vielen Fakten erarbeitet. Die verkehrsgünstige Lage auf der Mehringer Höhe sei ein Vorteil. Die vorgesehene Fläche sei dementsprechend ideal zur Ansiedlung von Gewerbe geeignet. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Grundsatzbeschluss zustimmen. Die Ortsgemeinde Reinsfeld werde zu gegebener Zeit angemessen berücksichtigt.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) regt an, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft prüfen könne, ob es im Hinblick auf das Projekt in Reinsfeld möglich sei, ein Gewerbegebiet mit zwei Standorten zu entwickeln. In diesem Fall sei die gesamte Planung sowie der gesamte Prozess einmalig zu vollziehen.

Klimarelevante Aspekte seien aus Sicht der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion nicht angemessen berücksichtigt, so Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen). Die bisherigen Überlegungen seien zu sehr auf die Automobilnutzung abgestellt. Eine Bahn- und Wasseranbindung müsse geprüft werden. Ein möglicher Zweckverband müsse konzeptionell angemessen ausgerichtet sein. Zukunftsfähige Konzepte seien wünschenswert.

Die **Vorsitzende** betont, dass es zunächst um einen Grundsatzbeschluss gehe. Die Details werden anschließend ausgearbeitet. Ferner müsse die Aufsichtsbehörde in den Prozess eingebunden werden. Derzeit gebe es noch keinen endgültigen Beschlussvorschlag zu diesem Thema. Die Kreisgremien werden in den gesamten Ablauf eingebunden.

Der **Kreisausschuss** beschließt gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Kreistages den Ortsbürgermeister von Reinsfeld, Herrn Uwe Roßmann, anzuhören.

Herr **Roßmann** merkt an, dass das Gutachten sowie die Bedarfsanalyse sehr vielversprechend seien. Jedoch könne mit der Entwicklung eines Gewerbegebietes Mehringer Höhe das Vorhaben seitens der Ortsgemeinde Reinsfeld abgewertet werden. Der Landkreis habe angedeutet, dass die Ortsgemeinde zur Entwicklung und Erschließung eines eigenständigen Gewerbegebietes nicht kreditfähig sei. Aus diesem Grund schlage er vor, dass eine Ergänzung des Beschlussvorschlages um den Punkt der Berücksichtigung der Ortsgemeindereisen von Reinsfeld einfließe.

Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG) unterstreicht den Beitrag von Kreisausschussmitglied Schmitt (CDU). Es sei wichtig, dass solche neuen Gebiete erschlossen werden. Es werde eine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) macht deutlich, dass in der heutigen Sitzung ein Grundsatzbeschluss zum Gewerbegebiet Mehringer Höhe gefasst werden solle. Eine Prüfung seitens der Verwaltung, dass eine Realisierung am Standort in Reinsfeld aufgenommen werden könne, könne zu einem anderen Zeitpunkt eingebracht werden. In der heutigen Sitzung solle jedoch lediglich zur Mehringer Höhe abgestimmt werden. Für das Vorhaben in Reinsfeld sollen zunächst Unterlagen zur weiteren Beratung vorgelegt werden. Einen ad-hoc Beschluss könne er nicht befürworten.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** bringt ein, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Interessen der Ortsgemeinde Reinsfeld kenne. Der Landkreis habe sowohl dieser Ortsgemeinde als auch allen anderen Gemeinden im Landkreis signalisiert, dass er sich an verschiedenen Standorten beteiligen könnte.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, dass die Umweltverträglichkeit dieses Projekts zu prüfen sei. Die Kreisverwaltung sei in den Prozess involviert. Aus diesem Grund könne er Vorwürfe an die Verbandsgemeinde nicht nachvollziehen. Er werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Eine Entscheidung ohne parteipolitischen Hintergrund wünsche sich die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD).

Nachdem die **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag vorgelesen hat bestehen seitens des Kreisausschusses keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

Der Kreistag sieht die Notwendigkeit zur stärkeren Unterstützung der Gemeinden und Verbandsgemeinden bei der Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis Trier-Saarburg als Baustein des Erhalts und zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region.

Die Unterstützung soll in inhaltlicher und personeller Hinsicht in erster Linie durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises erfolgen.

Der Kreistag spricht sich zudem für die Beteiligung des Landkreises an einem noch zu gründenden Kommunalen Zweckverband für den in der Planung befindlichen Interkommunalen Gewerbe- und Industriepark Mehringer Höhe (InterGIM) aus.

Die Verwaltung wird zusammen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises beauftragt, die notwendigen Schritte zur Gründung in Zusammenarbeit mit den beteiligten Kommunen in die Wege zu leiten, die notwendigen Abstimmungen (z.B. mit der ADD als zuständige Errichtungs- und Aufsichtsbehörde) zu führen und ein Konzept und eine Verbandsordnung zur Entscheidung im Kreistag und den weiteren kommunalen Gremien vorzulegen. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung hochwertiger Flächen für innovative Betriebe in einem möglichst nachhaltig und ökologisch wertvoll gestalteten Gebiet gelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen

7. **Gewährung einer Ausgleichszahlung für Corona-bedingte Ausfälle in 2020 und 2021 an die ehrenamtlichen VHS-Außenstellenleiter/innen**
Vorlage: 0072/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** liegen keine Fragen vor. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisvolkshochschule Trier-Saarburg wird gestattet, abweichend von der geltenden KVHS-Satzung für die Jahre 2020 und 2021 ausnahmsweise die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich tätigen VHS-Außenstellenleiter/innen auf der Grundlage der geleisteten Stundenzahlen von 90 Prozent des Normaljahres 2019 zu berechnen und somit die wegen der Corona-Pandemie in 2020 und 2021 stark zurückgegangenen Unterrichtszahlen auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Zuschuss für das Lokale Bündnis für Familie Saarburg-Kell e.V**
Vorlage: 0069/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) plädiert für eine gerechte Verteilung von finanziellen Mitteln an die Vereine im Landkreis.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt die **Vorsitzende**, dass diese Angelegenheit mit Kenntnis der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell durchgeführt werde.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** ergänzt, dass eine Verständigung mit der Verbandsgemeinde stattgefunden habe. Im Landkreis gebe es zwei Lokale Bündnisse. Seitens des zweiten Bündnisses sei kein solcher Antrag auf Zuschuss gestellt worden.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) begrüßt den Antrag des Vereins. Er kenne aus persönlichen Erfahrungen die Arbeit des Lokalen Bündnisses. Es sei in vielfältiger Weise aktiv, indem es in alle gesellschaftlichen Schichten hinein wirke. Er befürworte den vorgeschlagenen Zuschuss.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass zur Gewährung des Zuschusses Kreisaufgaben seitens des Vereins geleistet werden müssten. Die Bevorzugung eines Vereins könne zur Folge haben, dass alle anderen Vereine

ebenfalls einen Zuschuss begehren. Mit Beschluss des Kreistages seien finanzielle Mittel zum Teil an die Verbandsgemeindeverwaltungen weitergeleitet worden, um unter anderem Vereine damit zu unterstützen. Bei einer heutigen Beschlussfassung könne ein Grundsatz zur Unterstützung von Vereinen gefasst werden.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Schmitt** (CDU) gibt Geschäftsbereichsleiter **Christmann** an, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und dem Verein gebe. Dieser habe erstmalig einen solchen Antrag gestellt. Er nehme Aufgaben des Landkreises in Form von Beratungsangeboten sowie im Bereich der Familienbildung wahr. Für den Bereich Soziales habe der Verein nach SGB VIII Aufgaben übernommen. Die Liquiditätsrücklagen bleiben unangetastet. Der Verein habe Bundes- sowie Landesmittel, soweit es möglich war, beantragt.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) spricht Geschäftsbereichsleiter **Christmann** an, dass der Landkreis im vergangenen Jahr den Vereinen signalisiert habe, dass sie an die Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ Zuschussanträge stellen können. Dieser Beschluss sei vor der finanziellen Zuwendung des Landes gefasst worden.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) teilt mit, dass sie aus persönlichen Erfahrungen die Arbeit des Vereins kenne. Er leiste gute Arbeit. Sie könne einen finanziellen Zuschuss befürworten.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass die CDU-Kreistagsfraktion grundsätzlich dem Beschlussvorschlag zustimme. Jedoch mit der Erwartung, dass bei einer Antragsstellung weiterer Vereine ein äquivalenter Umgang stattfinde.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen, dem Lokalen Bündnis für Familie Saarburg-Kell e.V. einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Informationen und Anfragen

9.1. Information über eine Eilentscheidung - Beschaffungen für KI-Labor am Balthasar-Neumann-Technikum Trier; Vorlage: 0067/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** liegen keine Fragen vor. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.2. Information über eine Eilentscheidung - Hangrutsch an der K 29 zwischen Kordel und Hochmark; Vorlage: 0073/2021

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** liegen keine Fragen vor. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.3. weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.02.2021 bzgl. der Situation der Reinigungsdienste an den Schulen. Sie teilt mit, dass die monatlichen Reinigungspauschalen sowie die Kosten der Grundreinigung seit der ersten Schulschließungen im März 2020 durchgehend und in vollem Umfang seitens des Landkreises an das Reinigungsunternehmen ausbezahlt worden seien. Es seien keinerlei Kürzungen erfolgt.

Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG) regt an, dass das schriftlichen Rückmeldeverfahren zur Zustimmung der Sitzungsdurchführung in digitaler Form vereinfacht werden könne. Eine digitalisierte Rückmeldung sei wünschenswert.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich des Rücktritts des Beigeordneten der Stadt Trier, Herrn Thomas Schmitt, erklärt Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass im gemeinsamen Impfzentrum eine sehr überschaubare Anzahl an Impfdosen am Ende des Tages übrig bleibe, da speziell hierfür eingesetzte Apotheker/innen die Spritzen zeitgenau aufziehen. Für den Fall, dass einzelne Impfdosen übrig bleiben, werden Personen aus der Prioritätengruppe 1 oder Personen, die dem Rettungs- und Feuerwehr- bzw. Medizinwesen angehören, angefragt. In Abstimmung mit dem Land werden die Impftermine für Teile der Prioritätengruppe 2 geöffnet. Zu den Impfungen in den Senioreneinrichtungen seien den Impfteams Personenlisten mitge-

geben worden. Seiner Kenntnis nach seien weder der Landrat oder die Kreisbeigeordneten noch die Bürgermeister im Landkreis bereits geimpft worden. Die Erste Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) informiert, dass die heutige Sitzung des Kreisvorstandes im gemeinsamen Impfzentrum im Messepark Trier stattgefunden habe. Dort konnten sich die Mitglieder des Kreisvorstandes einen Eindruck der Arbeit verschaffen. Sie habe einen insgesamt sehr positiven Eindruck mit einem gegenseitig sehr freundlichem und schnellen Umgang mit den zu impfenden Personen erlebt. Die Impfspritzen werden zielgenau aufgezogen, um einen Rest zu vermeiden. Sie sei zuversichtlich, dass eine professionelle Durchführung erfolge.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** ergänzt, dass es sich bei dem Beigeordneten der Stadt Schmitt um einen Einzelfall gehandelt habe. Absichtlich werden im Impfzentrum keine Restdosen produziert.

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) betont, dass er ebenfalls einen sehr professionellen Eindruck vom Impfzentrum gewinnen konnte. Die Abläufe seien bestens organisiert. Als ehrenamtlich Tätiger sei er durch Fahrdienste beinahe täglich vor Ort. Der Beigeordnete Schmitt sei geimpft worden, da die Impfdosis kurz vor dem Ablauf und der Unbrauchbarkeit gestanden habe.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) bittet um einen Sachstand zum DigitalPakt Schule in einer der nächsten Gremiensitzungen. Die Verwaltung sagt zu, dass dieser Tagesordnungspunkt im nächsten Kreisausschuss am 08.03.2021 aufgenommen werden könne.

Zum Schluss verweist die **Vorsitzende** auf die kommenden Sitzungen, die ebenfalls in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Kreistagsmitglieder, die keine Ausschussmitglieder sind, haben die Möglichkeit nach Mitteilung an die Verwaltung als Zuhörer daran teilzunehmen. Der Link für den Livestream zur Teilnahme der Öffentlichkeit sei auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht.

10. K 29 Hochmark Vergabeermächtigung an den LBM - Fahrbahnoberbau
Vorlage: 0076/2021/1

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt der Fa. Kohl Bau, Irrel, den Auftrag für die Wiederherstellung des Straßenoberbaus für den Bereich der Rutschung der K 29, Kordel – Hochmark zur Angebotssumme von 44.842,18 € zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Simone Thiel)

(Andreas Reichert)

Erste Kreisbeigeordnete